

Diese länderweise Aufteilung der in den Jahren 1960 und 1961 aus der Wohnraumbewirtschaftung herausgenommenen Kreise läßt erkennen, daß Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von nicht ganz zwei Dritteln sogenannter *weißer* Kreise an der Spitze der Bundesländer stehen, in denen sich das rechnerische Wohnungsdefizit verringert hat. Bayern folgt mit nahezu einem Drittel, Schleswig-Holstein mit fast einem Viertel, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen mit rund einem Achtel *weißer* Kreise. Es wird daraus auch ersichtlich, daß die allmähliche Abdeckung des Wohnungsdefizits sich in den drei südlich gelegenen Bundesländern rascher vollzieht als in den übrigen Gebieten der Bundesrepublik.

In Baden-Württemberg selbst ist das Wohnungsdefizit nach dem Stand vom 31. Dezember 1960 gegenüber dem Vorjahr von 5,4 vH auf 4,1 vH zurückgegangen, das heißt, die Zahl der Wohnungsanwärter hat die Zahl der vorhandenen Normalwohnungen (ohne die beschränkt bewohnbaren) am Jahresende 1960 durchschnittlich noch um 4,1 vH überschritten, wobei unter Wohnungsanwärter sämtliche Mehrpersonen-Wohnparteien plus 50 vH sämtlicher Einpersonen-Wohnparteien in den Kreisen beziehungsweise 60 vH sämtlicher Einpersonen-Wohnparteien in Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohner zu verstehen sind. Die Durchschnittssätze des Wohnungsdefizits, nach Regierungsbezirken aufgeschlüsselt, liegen in Nordwürttemberg bei 6,6 vH (1959 = 8,0 vH), in Nordbaden bei 3,8 vH (1959 = 5,6 vH), in Südbaden bei 2,4 vH (1959 = 3,5 vH) und in Südwürttemberg-Hohenzollern bei 0,6 vH (1959 = 1,4 vH).

Demnach wurde das in Baden-Württemberg Ende 1959 bestehende Wohnungsdefizit im Laufe des Jahres 1960 hauptsächlich in den beiden nördlichen Regierungsbezirken weiterhin abgebaut. In Südbaden und in Südwürttemberg-Hohenzollern hat es sich nur unbedeutend verringert. Das erklärt sich damit, daß schon im vergangenen Jahr die Wohnverhältnisse in den südlichen Landesteilen ausgeglichener waren als in den nördlichen, so daß nunmehr 23 von den insgesamt 37 Kreisen Südbadens und Südwürttemberg-Hohenzollerns überhaupt kein rechnerisches Wohnungsdefizit mehr aufweisen. Das schließt natürlich nicht aus, daß es auch in diesen Kreisen einzelne Gebiete oder Gemeinden gibt, die infolge überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachses oder Häufung überalterter Wohngebäude noch als Brennpunkte der Wohnungsnot zu gelten haben, deren Behebung einer besonderen Regelung bedarf.

In diesem Zusammenhang verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, daß im Rahmen der Volkszählung 1961

eine Zusatzerhebung über *Erneuerungsbedürftige Wohngebiete* durchgeführt worden ist, und zwar unabhängig von der Frage, ob es sich dabei um Gebiete in sogenannten *weißen* Kreisen oder in noch bewirtschafteten Kreisen handelt. Es werden sich hieraus Aufschlüsse darüber ergeben, inwieweit sich die Wohnverhältnisse in sanierungsbedürftigen Gemeinden qualitativ voneinander unterscheiden, ein Gesichtspunkt, der sich mit der Zweckbestimmung des rein rechnerischen Wohnungsdefizits nicht immer zu decken braucht.

Die zwei Stadtkreise und die sieben Landkreise, in denen auf Grund der Rechtsverordnung der Landesregierung vom 20. Juni 1961 (Ges.Bl. f. Baden-Württemberg, 1961, Nr. 14, S. 194 f.) die Wohnraumbewirtschaftung mit Wirkung vom 1. Juli 1961 aufgehoben wurde, verteilen sich folgendermaßen auf die Regierungsbezirke: drei auf Nordwürttemberg (Stadtkreis Heilbronn und die Landkreise Backnang sowie Künzelsau), vier auf Nordbaden (Stadtkreis Pforzheim und die Landkreise Baden sowie Karlsruhe und Tauberbischofsheim), zwei auf Südbaden (die Landkreise Müllheim und Villingen) und keiner auf Südwürttemberg-Hohenzollern.

Unter Einrechnung der im vergangenen Jahr freigegebenen Kreise sind bis jetzt in Nordwürttemberg von insgesamt 22 Kreisen 9 aus der Wohnraumbewirtschaftung herausgenommen, in Nordbaden von 13 Kreisen ebenfalls 9, in Südbaden von 20 Kreisen 15 und in Südwürttemberg-Hohenzollern von 17 Kreisen 13. Näheres ist der Tabellenübersicht und dem beigegebenen Schaubild zu entnehmen.

Die im Vergleich zu den nördlich gelegenen Bundesländern verhältnismäßig günstige Entwicklung der Wohnungslage in Baden-Württemberg ist auf die überaus rege Bautätigkeit zurückzuführen, die mit rund 82 600 fertiggestellten Wohnungen im Jahre 1960 trotz der auf dem Baumarkt eingetretenen Sättigung den bisherigen Höchststand vom Jahre 1954 wieder erreicht hat. Daß darüber hinaus Ende 1960 ein Bauüberhang von insgesamt 52 648 Gebäuden mit 101 131 Wohnungen bestand und von Januar bis Juni 1961 von den zuständigen Behörden insgesamt weitere 26 972 Gebäude mit 48 598 Wohnungen zum Bau freigegeben wurden, läßt darauf schließen, daß diese Entwicklungsrichtung sich kaum ändern wird. Im Hinblick auf die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum und auf den sukzessiven Abbau des vorhandenen Wohnungsdefizits gewinnt diese Feststellung um so mehr an Bedeutung, als allein im Jahre 1960 die Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg sich durch Zuzug und Geburtenüberschuß um 2,2 vH vermehrt hat und daß sich dieser Prozentsatz nach den bisher vorliegenden Unterlagen für das laufende Jahr 1961 voraussichtlich noch erhöhen wird.

Waldemar Oelrich

## Zur bevorstehenden Bundestagswahl

Der Vierte Deutsche Bundestag wird am 17. September 1961 gewählt werden. Im Bundesgebiet sind wie bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 1957 mindestens 494 Abgeordnete – davon 247 nach Mehrheitswahl in den Wahlkreisen (Erststimmen) und dieselbe Zahl nach Verhältniswahl aus Landeslisten (Zweitstimmen) – zu wählen. Dazu kommen 22 Abgeordnete aus dem Land Berlin. Mit wieviel Abgeordneten Baden-Württemberg im neuen Bundestag vertreten sein wird, ist nicht von vornherein abzusehen. Das geltende Wahlrecht (Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956, BGBl. I S. 383) enthält keine Bestimmung über die Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Bundesländer. Aus der Wahlkreiseinteilung geht lediglich hervor, wieviel Wahlkreismandate jedem Land zukommen. Für die Zahl der Landeslistenmandate ist neben der Zahl der Wahlberechtigten auch die Wahlbeteiligung bestimmend. Nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes werden

die Listenmandate nach dem Verhältnis der auf die zugehörigen Wahlvorschläge in den Ländern entfallenen Stimmenzahlen vergeben. Bei der Bundestagswahl 1957 entfielen auf Baden-Württemberg 33 Wahlkreis- und 34 Landeslistenmandate.

### 5,2 Millionen Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 1961

In Baden-Württemberg werden, wie eine fundierte Vorausschätzung ergibt, bei der bevorstehenden Bundestagswahl etwa 5 196 000 Einwohner des Landes – und zwar 2 349 000 Männer und 2 847 000 Frauen – wahlberechtigt sein. Gegenüber der Bundestagswahl 1957 bedeutet dies eine Zunahme um rund 336 000 Wahlberechtigte (+ 6,9 vH). Zurückzuführen ist diese Erhöhung auf das Einrücken der starken Geburts-

jahrgänge 1937 bis 1940 in das wahlberechtigte Alter, auf die weitere Aufnahme von Vertriebenen seit 1957 sowie auf den anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone.

Tabelle 1  
Die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 1957 und 1961 nach Altersgruppen

Wahlberechtigte im Alter von ..... Jahren	Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl				Zu- bzw. Abnahme (-) der Zahl der Wahlberechtigten 1961 gegenüb. 1957	
	1957		1961			
	absolut <sup>1)</sup>	vH <sup>2)</sup>	absolut <sup>1)</sup>	vH <sup>2)</sup>	absolut <sup>1)</sup>	vH
21 bis unter 25 ..	398	8,2	478	9,2	80	20,1
25 " " 30 ..	512	10,5	548	10,5	36	7,0
30 " " 40 ..	940	19,3	1 016	19,6	76	8,1
40 " " 50 ..	939	19,7	895	17,2	- 64	- 6,7
50 " " 60 ..	966	19,9	1 034	19,9	68	7,0
60 " " 70 ..	622	12,8	722	13,9	100	16,1
70 und mehr ....	464	9,6	502	9,7	38	8,2
Insgesamt ..	4 860	100	5 196	100	336	6,9

<sup>1)</sup> Angaben in 1000; Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
<sup>2)</sup> vH der Wahlberechtigten insgesamt.

Bei einer Bundestagswahl erstmals wahlberechtigt – am Wahltag also 21 bis unter 25 Jahre alt – werden etwa 478 000 Personen (9,2 vH aller Wahlberechtigten) sein. Der Personenkreis der *Neuwähler* ist damit um ein Fünftel größer als 1957. Eine ähnlich hohe Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten ist bei der Altersgruppe der 60- bis unter 70jährigen (mit 722 000 Wahlberechtigten + 16,1 vH) zu verzeichnen, während bei den 40- bis unter 50jährigen Wahlberechtigten eine Verringerung auf 895 000 (- 6,7 vH) eingetreten ist. Bei allen übrigen Altersgruppen liegen die Veränderungen gegenüber 1957 etwas über dem Durchschnitt (zwischen + 7,0 und + 8,2 vH).

Das Wahlergebnis 1957

Bei der Wahl zum Dritten Deutschen Bundestag am 15. September 1957 waren in Baden-Württemberg 4 860 309 Personen wahlberechtigt. Die Zahl der Wähler betrug 4 097 575; die Wahlbeteiligung stellte sich damit auf 84,3 vH. Von den 3 907 839 gültigen Zweitstimmen, die nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes für die Sitzverteilung maßgebend sind, entfielen 2 061 700 (52,8 vH) auf die CDU, 1 009 019 (25,8 vH) auf die SPD, 561 538 (14,4 vH) auf die FDP/DVP, 185 214 (4,7 vH) auf den GB/BHE, 50 050 (1,3 vH) auf die DP, 9320 (0,2 vH) auf den BdD, 6102 (0,2 vH) auf die DG und 24 896 (0,6 vH) auf die DRP.

Einigen Aufschluß über das Wahlverhalten von Männern und Frauen hat die durch das Bundeswahlgesetz angeordnete repräsentative Sonderauszählung über Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter gebracht. Im Rahmen dieses Beitrags soll nur die Stimmabgabe behandelt werden.

Wie aus der Tabelle 2 hervorgeht, haben von 100 männlichen Wählern 48 CDU gewählt, von 100 weiblichen Wählern dagegen 57. Bei der weiteren Untergliederung nach Al-

tersgruppen zeigt sich, daß die CDU von den über 60 Jahre alten Wählern die relativ meisten Stimmen erhielt; von 100 männlichen Wählern dieser Altersgruppe entschieden sich 54 für die CDU, von 100 weiblichen Wählern 62. Unter dem Durchschnitt des Stimmenanteils überhaupt blieben die Männer im Alter von 30 bis unter 60 Jahren und die Frauen unter 60 Jahren. Im Gegensatz zur CDU, die nach den obigen Ausführungen bevorzugt von den Frauen gewählt wurde, stützte sich die SPD mehr auf die Männer. Von 100 männlichen Wählern stimmten 28 für die SPD, von 100 weiblichen 22. Bei Männern wie Frauen waren es vor allem die Wähler im Alter von 21 bis unter 30 Jahren, die der SPD ihre Stimme gaben. Bei den über 60 Jahre alten Wählern waren die SPD-Anhänger relativ geringer vertreten als im Durchschnitt aller Altersgruppen. Was für die SPD festzustellen war, gilt auch für die FDP/DVP. Sie wurde ebenfalls von den Männern (von 100 Wählern 17) häufiger gewählt als von den Frauen (14). Ihren Stimmenanteil hatte die FDP/DVP hauptsächlich den Wählern im Alter von 30 bis unter 60 Jahren zu verdanken. Beim GB/BHE lagen die Verhältnisse ähnlich.

Tabelle 2  
Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1957 nach Geschlecht und Altersgruppen

Partei <sup>2)</sup>	Von 100 Wählern <sup>1)</sup>				
	insgesamt	im Alter von			
		21	30	60 und mehr	
		bis unter	bis unter	60	Jahren
		30	60		
					wählten nebenstehende Parteien
					Männer
CDU .....	48	49	45	54	
SPD .....	28	31	28	24	
FDP/DVP ..	17	14	18	15	
GB/BHE ....	5	4	6	5	
DP .....	1	1	1	1	
					Frauen
CDU .....	57	55	56	62	
SPD .....	22	24	22	19	
FDP/DVP ..	14	15	15	13	
GB/BHE ....	5	4	5	5	
DP .....	1	1	1	1	
					Männer und Frauen
CDU .....	53	52	51	58	
SPD .....	25	27	25	21	
FDP/DVP ..	15	14	16	14	
GB/BHE ....	5	4	5	5	
DP .....	1	1	1	1	

<sup>1)</sup> Wähler, die gültige Zweitstimmen abgegeben hatten. — <sup>2)</sup> Einzeln aufgeführt sind die Parteien, auf die bei der Bundestagswahl 1957 wenigstens 1,0 vH der gültigen Zweitstimmen entfiel.

Die Parlamentswahlen seit 1952

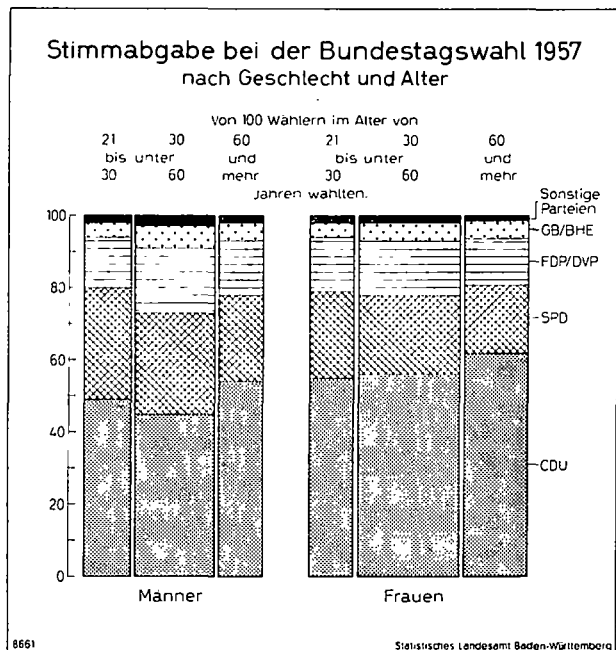
Seit Bestehen des Bundeslandes Baden-Württemberg haben zwei Bundestagswahlen und drei Landtagswahlen stattgefunden. Bei Betrachtung der Ergebnisse dieser fünf Parlamentswahlen zeigen sich deutlich Unterschiede zwischen Bundes- und

Tabelle 3  
Die Parlamentswahlen in Baden-Württemberg seit 1952

Wahlen	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung vH	Gültige Stimmen <sup>1)</sup> insgesamt	Darauf für <sup>2)</sup>									
					CDU		SPD		FDP/DVP		GB/BHE		DP	
					Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung 9. März 1952 ..	4 382 117	2 789 872	63,7	2 730 820	982 727	36,0	765 032	28,0	491 711	18,0	170 751 <sup>3)</sup>	6,3	—	—
Wahl zum 2. Bundestag 6. Sept. 1953 ..	4 536 755	3 710 253	81,8	3 588 131	1 881 874	52,4	825 704	23,0	455 535	12,7	193 532	5,4	56 268	1,6
Landtagswahl 4. März 1956 .....	4 738 390	3 328 860	70,2	3 266 169	1 392 635	42,6	942 732	28,9	541 221	16,6	204 335	6,3	—	—
Wahl zum 3. Bundestag 15. Sept. 1957 ..	4 860 309	4 097 575	84,3	3 907 839	2 061 700	52,8	1 009 019	25,8	561 538	14,4	185 214	4,7	50 050	1,3
Landtagswahl 15. Mai 1960 <sup>4)</sup> .....	5 136 768	3 028 248	59,0	2 948 560	1 163 352	39,5	1 040 911	35,3	466 908	15,8	194 402	6,6	47 410	1,6

<sup>1)</sup> Bundestagswahlen 1953 und 1957: Zweitstimmen. — <sup>2)</sup> Einzeln aufgeführt sind die Parteien, auf die bei der Bundestagswahl 1957 wenigstens 1,0 vH der gültigen Zweitstimmen entfiel. — <sup>3)</sup> Außerdem 84 026 Stimmen (DG-BHE) in den Regierungsbezirken Nordwürttemberg und Nordbaden. — <sup>4)</sup> Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl in den Wahlkreisen Waiblingen I und II am 12. März 1961.

Landeswahlen. Dies dürfte einerseits auf die verschiedene Beurteilung der politischen Bedeutung der einzelnen Wahlen durch die Wahlberechtigten zurückzuführen sein, andererseits



mag auch die unterschiedliche Akzentuierung des Wahlkampfes eine Rolle spielen.

Aus der Tabelle 3 ist zunächst die bei Bundeswahlen im Vergleich zu Landeswahlen jeweils höhere Wahlbeteiligung abzulesen. Unterschiede waren nicht nur im Vorbereich der politischen Entscheidung – Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Wahl – zu beobachten, sondern auch bei der konkreten Willensäußerung der Wahlberechtigten, der Stimmabgabe für die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien. Die CDU, die bei allen Parlamentswahlen seit 1952 wenigstens die relative Mehrheit aller gültigen Stimmen erhielt, hatte beim Vergleich von Bundestags- und Landtagswahlen die stärkste Fluktuation aufzuweisen. Sie ging bisher aus Bundestagswahlen mit jeweils mehr als der Hälfte aller Stimmen stärker hervor als aus Landtagswahlen, bei denen ihr Stimmenanteil zwischen 36,0 vH (1952) und 42,6 vH (1956) lag. Umgekehrt erwies sich die SPD bei Landtagswahlen stärker als bei Bundestagswahlen; bei der Landtagswahl 1960 errang sie mit 35,3 vH den bisher höchsten Stimmenanteil. Auch die FDP/DVP war seit 1952 bei Landeswahlen erfolgreicher als bei Bundeswahlen, dasselbe gilt für den GB/BHE. Für die DP ist eine entsprechende Aussage nicht möglich, da sie in Baden-Württemberg erstmals 1960 bei einer Landtagswahl aufgetreten ist. Vergleicht man schließlich Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den verschiedenen Wahlen, so ergibt sich, daß eine hohe Wahlbeteiligung seit 1952 für die CDU verhältnismäßig günstig war. Auf der anderen Seite schnitten SPD, FDP/DVP und GB/BHE bei niedriger Wahlbeteiligung relativ besser ab als bei reger Wahlbeteiligung.

Eberhard Gawatz

## Der Preisindex für die Lebenshaltung im 2. Vierteljahr 1961

Der Preisindex für die Lebenshaltung – mittlere Verbrauchergruppe – stieg nach altem Berechnungsverfahren in Baden-Württemberg im 2. Vierteljahr 1961 um 0,8 vH und erreichte mit 126,5 (1950 = 100) im Juni 1961 den höchsten Stand seit der Währungsumstellung. Nachdem auch im 1. Vierteljahr 1961 der Preisindex bereits um 0,8 vH angestiegen war, ergibt sich für die Zeit von Dezember 1960 bis Juni 1961 eine Indexanhebung um 1,5 vH.

Der Preisverlauf im 2. Vierteljahr 1961 ist durch die Verteuerung der „Ernährung“ um durchschnittlich 1,3 vH und der Gruppe „Hausrat“ um 1,1 vH gekennzeichnet. Daneben stiegen die Preisindizes für „Wohnung“ und für „Bekleidung“ um je 0,7 vH, für „Reinigung und Körperpflege“ um 0,5 vH sowie für „Bildung und Unterhaltung“ um 0,2 vH. Eine rückläufige Indexbewegung um 1,0 vH verzeichnete nur „Heizung und Beleuchtung“, während die Preise für „Getränke und Tabakwaren“ sowie für „Verkehr“ in etwa stabil blieben.

Die Gesamtbeurteilung der Preissituation im ersten Halbjahr 1961 kann nicht an der Tatsache vorübergehen, daß die verhältnismäßig große Indexerhöhung noch mit den Preisbewegungen im Jahr 1960 zusammenhängt. Trotz verschiedenen nachhaltigen Verteuerungen im vergangenen Jahr – beispielsweise die Anhebung der Mietpreise und der Bundesbahntarife im Berufsverkehr – hatte sich der Preisindex für die Lebenshaltung in der Zeit von Dezember 1959 bis Dezember 1960 nur um 0,4 vH erhöht. Dies erklärte sich zum Teil damit, daß die reichliche Ernte an Kartoffeln, Gemüse und Obst von der Jahresmitte 1960 an zu Preisabschlägen bei diesen Waren führte, die die Verteuerungen auf anderen Gebieten weitgehend kompensierten. Im Laufe der ersten Jahreshälfte 1961, d. h. mit wachsendem zeitlichem Abstand von der Ernte und mit der zum Teil bereits wirksam werdenden Neueinstellung der Preise im Hinblick auf die Ernte 1961, trat der Einfluß der gärtnerischen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse immer weniger in Erscheinung, so daß erst jetzt gewisse Verteuerun-

gen von Waren und Leistungen mit jahreszeitlich nicht schwankenden Preisen in die Optik rücken.

Deutlicher werden diese Verhältnisse durch einen Jahresvergleich aufgezeigt. Von Juni 1960 bis Juni 1961 hat sich der Preisindex für die Lebenshaltung um 2,5 vH erhöht, wobei nur die Indizes für Ernährung sowie für Getränke und Tabakwaren um je 0,2 vH rückläufig waren. Im übrigen betrugen die Verteuerungen in Jahresfrist maximal 12,8 vH für Wohnung, 5,7 vH für Verkehr und 5,6 vH für Hausrat. Im Dezember 1960 lag der Preisindex für Ernährung noch um 4,5 vH, im März 1961 noch um 2,2 vH niedriger als jeweils ein Jahr zuvor.

Wird der Preisindex für die Lebenshaltung ohne gewisse Waren mit jahreszeitlich stark variablen Preisen berechnet, so ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Indexgruppe	Preisindex – Mittlere Verbrauchergruppe –						
	1950 = 100				Veränderung in vH		
	Juni 1960	Dez. 1960	März 1961	Juni 1961	Juni 1961 gegen März 1961	Dez. 1960	Juni 1960
Gesamtindex .....	123,5	124,6	125,5	126,5	+0,8	+1,5	+2,5
Gesamtindex ohne Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte <sup>1)</sup>	121,8	124,7	125,1	125,6	+0,4	+0,7	+3,1
Eier, Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte <sup>1)</sup> .....	122,2	124,4	125,4	125,9	+0,4	+1,2	+3,0
Ernährung .....	128,1	125,3	126,3	127,9	+1,3	+2,0	-0,2
Ernährung ohne Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte <sup>1)</sup>	124,6	125,5	125,3	125,8	+0,4	+0,2	+1,0
Eier, Kartoffeln, Gemüse, Obst und Südfrüchte <sup>1)</sup> .....	125,8	124,9	126,1	126,6	+0,4	+1,4	+0,6

<sup>1)</sup> Laufende Käufe.